

„Wirtschaftspolitik unter Reformdruck“

Aus dem Jahresgutachten 1999/2000 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Im November 1999 legte der Sachverständigenrat (SVR) gemäß dem Auftrag durch das Wachstums- und Stabilitätsgesetz von 1967 sein 36. Jahresgutachten zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für den Zeitraum 1999/2000 unter dem Titel „Wirtschaftspolitik unter Reformdruck“ der Öffentlichkeit vor. Zum Ende des Jahres 1999 stehen die Zeichen für eine günstige Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft nach Ansicht des SVR für das laufende Jahr 2000 nicht schlecht. Demnach kann mit einer weiteren Aufhellung der Konjunktur gerechnet werden, es wird wieder mehr investiert und vor allem auch bei der Arbeitslosigkeit kündigt sich ein Rückgang an. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird, nach einer Zunahme um 1,4 Prozent im Jahr 1999, im Jahr 2000 um 2,7 Prozent anwachsen. Die positiven konjunkturellen Einschätzungen des SVR für die deutsche Wirtschaft finden sich denn auch durch die aktuelle Beurteilung der Wirtschaftslage durch die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten vom 14. April 2000 bestätigt. Demnach wird das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2000 und 2001 um jeweils 2,8 Prozent ansteigen und die Beschäftigung wird zügig ausgeweitet. Mit dem folgenden Beitrag werden die wesentlichen Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und den Entwicklungsperspektiven der deutschen Wirtschaft aus dem aktuellen Gutachten des SVR in ausgewählten Bereichen dargestellt und nachgezeichnet. Ein Schwerpunkt liegt dabei, neben den grundlegenden Einschätzungen des SVR für Gesamtdeutschland, auf den Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung und den Perspektiven für Ostdeutschland und die neuen Bundesländer.

Wirtschaftspolitik unter Reformdruck

Entsprechend seinem Gesetzesauftrag soll der Sachverständigenrat (SVR) in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie die vier Eckpfeiler der marktwirtschaftlichen Ordnung, nämlich Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum, gleichzeitig gewährleistet werden können.¹

Der SVR sieht insoweit selbst einen wesentlichen Teil seiner gesetzlich definierten Aufgabe darin, strukturelle Schwächen und Wege zu ihrer Überwindung aufzuzeigen und konzeptionelle Klarheit für ein Reformprogramm zu schaffen. Im Mittelpunkt seiner wirtschaftspolitischen Analyse des aktuellen Jahresgutachtens 1999/2000 stellt der SVR daher fest, dass die konjunkturelle Belebung der deutschen Wirtschaft mit einem prognostizierten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 2,7 Prozent im Jahr 2000 (nach einem Zuwachs in 1999 um 1,4

Prozent) zwar erfreulich ist, „sie darf jedoch nicht dazu verleiten, die Notwendigkeit für grundlegende Strukturformen als weniger dringend zu empfinden und überfällige Reformen hinauszuschieben oder ganz zu unterlassen“.²

Nach Ansicht des SVR hat die deutsche Volkswirtschaft aktuell drei große Problembereiche, die sozusagen eine Hypothek für die Wachstumsaussichten darstellen.

1. Die **hohe und verfestigte Arbeitslosigkeit**. Jede siebte Erwerbsperson war im Jahre 1999 ohne einen regulären Arbeitsplatz und die Situation am Arbeitsmarkt ist weiter angespannt. Die im Jahr 1999 beobachtete wirtschaftliche Aktivität reicht nicht für einen spürbaren Beschäftigungsimpuls aus. Ohne eine Neuausrichtung des Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt besteht die Gefahr, dass die hohe Arbeitslosigkeit ein Dauerproblem bleibt.

¹ § 2 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzblatt IS.685).

² Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1999/2000, S. 1, Stuttgart, Dezember 1999.

2. Der prekäre **Zustand der öffentlichen Finanzen**: Fast jede zweite in Deutschland erwirtschaftete Mark geht durch die Hände des Staates. Die Belastung mit Steuern und Abgaben ist entsprechend hoch und hemmt Leistungen und Investitionen. Die Schuldenstandsquote ist mit rund 60 Prozent so hoch, dass nahezu 16 Prozent der Steuereinnahmen für Zinsausgaben verwendet werden müssen. Der Handlungsspielraum des Staates ist dementsprechend stark eingeschränkt.
3. Die schwelende **Krise in der gesetzlichen Rentenversicherung**: Deutschland wird im Jahre 2035 die älteste Bevölkerung der Welt haben und immer weniger Arbeitnehmer müssen steigende Rentenzahlungen an den älteren Teil der Bevölkerung finanzieren. Die Grenzen der umlagefinanzierten Alterssicherung sind gegenwärtig erreicht; eine konsequente Reform durch die Ergänzung um kapitalgedeckte Eigenvorsorge in Verbindung mit Einschnitten beim Leistungslevel ist dringend erforderlich.

Der SVR sieht daher in der Lösung dieser drei vorrangigen Problemblocke eine notwendige Konsequenz für die Wachstumsaussichten der deutschen Volkswirtschaft und für die Reformfähigkeit Deutschlands insgesamt.

Deutschland: Wirtschaftliche Expansion in moderatem Tempo

Nach Ansicht des SVR wurde im Jahre 1999 die Konjunkturdelle in Deutschland überwunden. Gestützt von einer stabilen Konsumententwicklung sowie einer anziehenden Exportnachfrage nahm die Konjunktur Fahrt auf. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lag allerdings mit 1,4 Prozent im Jahr 1999 unter dem Durchschnitt im Euro-Raum. Inflationäre Spannungen bestanden nicht.

Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

Merkmal	Einheit	1996	1997	1998	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾
Bruttoinlandsprodukt	Prozent ²⁾	0,8	1,5	2,2	1,4	2,7
Inlandsnachfrage ³⁾	Prozent ²⁾	0,3	0,7	2,5	2,0	2,2
Ausrüstungsinvestitionen	Prozent ²⁾	1,2	3,4	9,2	7,3	5,8
Bauinvestitionen	Prozent ²⁾	-2,9	-1,4	-3,9	-0,4	1,0
Sonstige Anlagen	Prozent ²⁾	8,9	5,9	15,1	16,7	9,9
Konsumausgaben	Prozent ²⁾	1,1	0,3	1,8	1,5	1,8
Private Haushalte ⁴⁾	Prozent ²⁾	0,8	0,7	2,3	1,8	2,1
Staat	Prozent ²⁾	2,1	-1,1	0,5	0,4	1,1
Exporte von Waren und Dienstleistungen	Prozent ²⁾	5,1	10,9	7,0	2,1	6,6
Importe von Waren und Dienstleistungen	Prozent ²⁾	3,2	8,3	8,5	4,1	5,1
Erwerbstätige (Inland) ⁵⁾	Tausend	-277	-287	135	117	120
Arbeitslosenquote ⁶⁾	Prozent	10,4	11,4	11,1	10,5	9,9
Verbraucherpreise ⁷⁾	Prozent	1,4	1,9	1,0	0,5	1,5
Defizitquote des Staates ⁸⁾	Prozent	3,4	2,6	1,7	1,4	1,3

1) 1999: Eigene Schätzung, 2000: Prognose (Ziffern 190 ff.).

2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr; in Preisen von 1995.

3) Inländische Verwendung.

4) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

5) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

6) Anteil der registrierten Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbständige, mithelfende Familienangehörige). Von 1996 bis 1998 Quelle: BA.

7) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100); Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

8) Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Die **Inlandsnachfrage** erwies sich im Jahre 1999 nach Ansicht des SVR als wesentlicher Träger der konjunkturellen Erholung. Maßgeblich für diese Entwicklung war die Zunahme der Privaten Konsumausgaben im Jahresverlauf. Hohe Tarifabschlüsse bei gleichbleibendem Beschäftigungsniveau und fiskalische Entlastungen führten so zu einer deutlichen Expansion des verfügbaren Einkommens. Ob diese Belebung jedoch nachhaltig ist und die Konsumausgaben nun wieder auf einen stabilen Expansionspfad einschwenken, wird sich nach Ansicht der Gutachter auch am Arbeitsmarkt entscheiden. Bleibt dort die erhoffte Wende weiterhin aus, was nicht zuletzt von der Entwicklung der Arbeitskosten abhängt, ist fraglich, inwieweit die Konsumnachfrage den Aufschwung weiter tragen kann.

Bei den **Investoren** führten rückläufige Exporte zusammen mit deutlichen Lohnerhöhungen, steigenden Rohstoffpreisen und Unsicherheiten über den Kurs der Wirtschaftspolitik zum Jahresanfang zu einer spürbaren Eintrübung der Ertragsaussichten. Zur Verbesserung der Stimmung bei den wirtschaftlichen Akteuren hat demnach nach Ansicht der Sachverständigen im Jahresverlauf, neben aufgehellten Exportaussichten und günstigen Finanzierungsbedingungen, auch der Verzicht auf eine überwiegend von einfachen Varianten nachfrageorientierter Ideen geprägte Finanzpolitik beigetragen. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen expandierten mit einer Rate von 3,3 Prozent und somit stärker als im Vorjahr. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen legten mit einem Zuwachs von 7,3 Prozent kräftig zu und erreichten, nach der rapiden Talfahrt der Jahre 1992 und 1993, wieder das Niveau des Jahres 1991. Die Sonstigen Anlagen zeigten eine bemerkenswerte Dynamik. Bei den Bauinvestitionen zeichnete sich im Jahre 1999 ein Ende des seit 1995 andauernden Rückgangs und der damit verbundenen Bremswirkung auf das Bruttoinlandsprodukt ab. Für das Jahr 2000 geht der SVR angesichts der zu erwartenden Verbesserung der konjunkturellen und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei günstigem monetären Umfeld von einer weiterhin aufwärts gerichteten Investitionsentwicklung aus.

Nach dem **Einbruch der Auslandsnachfrage** durch die Auswirkungen der internationalen Finanzkrisen erholten sich die deutschen Exporte im Jahresverlauf spürbar; die Exporterwartungen stellten sich ebenfalls deutlich optimistischer ein. Aufgrund des hohen Ausgangsniveaus betrug die Expansion der Ausfuhr im Jahre 1999 allerdings lediglich 2,1 Prozent nach 7,0 Prozent im Vorjahr. Getragen wurde die Erholung bei den Exporten zu einem großen Teil von einer kräftigen Nachfrage aus Ländern der Europäischen Union und der weiterhin starken Konjunktur in den Vereinigten Staaten. Der Export nach Südostasien, Lateinamerika und Russland hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die Abwertung des Euro

hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte verbessert.

Die **Belebung der deutschen Exporte** wurde entscheidend von der wieder aufwärts gerichteten weltwirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Die internationalen Finanzmärkte kamen nach den Turbulenzen im Gefolge der Russlandkrise im vergangenen Herbst wieder zur Ruhe, nachdem zuvor Rezessions- und Deflationsszenarien das Bild bestimmt hatten.

Motor der weltwirtschaftlichen Konjunktur und damit eine treibende Kraft bei den deutschen Exporten waren auch im Jahre 1999 die Vereinigten Staaten, deren Bruttoinlandsprodukt, bei weiterhin geringem Preisaufrtrieb, um 3,9 Prozent anstieg. Wichtigste Stütze der seit acht Jahren ungebrochenen wirtschaftlichen Expansion waren auch dieses Jahr die Privaten Konsumausgaben.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in ausgewählten Ländern und Ländergruppen

Land/ Ländergruppe	Bruttoinlandsprodukt (real) ¹⁾		Anteil an der Ausfuhr ²⁾ Deutschlands
	1999	2000	1998
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent		Prozent
Europäische Union	+2,1	+2,8	56,5
Euro-Raum ³⁾	+2,2	+2,9	43,2
darunter			
Deutschland	+1,4	+2,7	X
Frankreich	+2,6	+3,0	11,1
Italien	+1,2	+2,2	7,4
Niederlande	+2,8	+2,9	7,0
Vereinig. Königreich	+1,5	+2,5	8,5
Vereinigte Staaten	+3,9	+3,1	9,4
Japan	+1,3	+1,3	1,9
Mittel- und Osteuropa ³⁾⁴⁾	+3,0	+4,2	6,6
Lateinamerika ³⁾⁵⁾	+0,0	+2,9	2,6
Ostasiatische Schwellenländer ³⁾⁶⁾	+5,6	+5,0	3,3

1) Eigene Schätzung aufgrund von Angaben internationaler und nationaler Institutionen.

2) Spezialhandel

3) Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind zusammengewogen mit den Anteilen am nominalen Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahre 1998.

4) Estland, Polen, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn.

5) Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko, Peru, Venezuela.

6) Hongkong (China), Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand.

Auch die Konjunktur in Kontinentaleuropa stützte den deutschen Export. Angeführt von der kräftigen Aufwärtsentwicklung in Irland, Spanien und Finnland und gestützt von der Konjunktur in Frankreich nahm das Bruttoinlandsprodukt in der Europäischen Union im Jahr 1999 um 2,1 Prozent zu. Da sich die wirtschaftliche Erholung im Jahresverlauf auf die anderen Mitgliedsländer übertragen hat, ist nach Ansicht des SVR im laufenden Jahr eine weitere Ausdehnung der wirtschaftlichen Aktivität um 2,8 Prozent wahrscheinlich.

Die **Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland** stellte sich nach Ansicht der Gutachter entspannter dar. Das Staatsdefizit in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sank demnach im Zuge der konjunkturellen Erholung auf 1,4 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Anlass zur Entwarnung besteht jedoch nicht. Hohe Privatisierungserlöse verdecken den tatsächlichen Konsolidierungsbedarf.

Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten **„Zukunftsprogramm 2000“** ist nach Ansicht des SVR ein Anfang gemacht worden, die Konsolidierungserfordernisse anzugehen und die Belastung künftiger Generationen nicht weiter ansteigen zu lassen. Die Konsolidierungsmaßnahmen entsprechen im Wesentlichen der auch vom Sachverständigenrat geforderten Revision der staatlichen Ausgabenpolitik. Die Konsolidierungsbemühungen werden an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie von einer umfassenden Reform des Systems der sozialen Sicherung begleitet werden.

Die **Lohnpolitik** verließ hingegen nach Ansicht des SVR im Jahre 1999 den Pfad der Lohnmoderation und gefährdete die durch die vergangenen, beschäftigungsorientierten Abschlüsse einsetzende Stabilisierung der mittelfristigen Erwartungen der Unternehmen. Mit einem Anstieg der Tarifverdienste je Arbeitsstunde um 3,2 Prozent nach 1,9 Prozent im Vorjahr trugen die Tarifabschlüsse der unbefriedigenden Situation am Arbeitsmarkt nicht Rechnung; angesichts der hohen Arbeitslosigkeit hätten nach Ansicht der Sachverständigen **beschäftigungsorientierte Tarifabschlüsse** deutlich unter dem Produktivitätsanstieg bleiben müssen. Ebenfalls keine Entlastung für den Arbeitsmarkt gab es von struktureller Seite her, bei der **Lohndifferenzierung** und der Flexibilisierung der Arbeitsverträge wurden keine Fortschritte erzielt. Seit Mitte der achtziger Jahre nahm in Westdeutschland das Ausmaß der Lohndifferenzierung fast kontinuierlich ab. Dies ist wegen der hohen Substituierbarkeit von gering qualifizierter Arbeit durch Kapital ein wesentlicher Grund für die Arbeitsmarktprobleme geringqualifizierter. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Jürgen Kromphardt, beurteilt die Wirkung der produktivitätsorientierten Lohnsteigerungen allerdings positiv und hält ein Zurückbleiben hinter der trendmäßigen Produktivitätssteigerung für beschäftigungsschädlich.

Die **wirtschaftliche Erholung entlastete den Arbeitsmarkt im Jahre 1999 nur unwesentlich**, und die Lage bleibt nach Ansicht des SVR weiterhin kritisch. Bei über 4 Millionen registrierten Arbeitslosen stellte sich eine jahresdurchschnittliche **Arbeitslosenquote von 10,5 Prozent** ein - im Vergleich zum Vorjahreswert von 11,1 Prozent nahezu unverändert. Trotz einer leicht rückläufigen Tendenz ist der im langfristigen Vergleich hohe Anteil Langzeitarbeitsloser von rund einem Drittel am Gesamtbestand der registrierten Arbeitslosen besorgniserregend und wirkt sich nach Ansicht der Gutachter auf die Dynamik des Arbeitsmarkts negativ aus.

Die nach Ansicht des SVR „dramatische“ **Situation am Arbeitsmarkt** erschließt sich jedoch nur dann vollständig, wenn auch die in den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik beschäftigten Arbeitslosen und die in den arbeitsmarktbedingten Vorruhestand getretenen Arbeitnehmer (beispielsweise Rente wegen Arbeitslosigkeit) in die Betrachtung einbezogen werden: Die auf hohem Niveau steigende verdeckte Arbeitslosigkeit betraf knapp zwei Millionen Menschen und spiegelt unter anderem das **weiterhin bedeutende Ausmaß der aktiven Arbeitsmarktpolitik** wider. Werden offene und verdeckte Arbeitslose zusammengenommen, ergibt sich eine Arbeitslosenquote von fast 15 Prozent.

Wie im Vorjahr entwickelte sich die **Arbeitsmarktsituation in den alten und neuen Bundesländern recht unterschiedlich**: Bei demographischer Entlastung und leicht erhöhter Nachfrage nach Arbeitskräften ging die Anzahl der registrierten Arbeitslosen in Westdeutschland im Jahresverlauf um 4,3 Prozent zurück. In Ostdeutschland erhöhte sie sich um 10,6 Prozent.

Im kommenden Jahr ist nach Ansicht der Sachverständigen nicht mit einer Wende am Arbeitsmarkt zu rechnen, wengleich das demographisch bedingte Absinken des Erwerbspersonenpotenzials und die verbesserte konjunkturelle Situation eine gewisse Entlastung versprechen.

Die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sehen jedoch in Ihrem aktuellen **Frühjahrgutachten** aufgrund der prognostizierten positiven konjunkturellen Entwicklung für die Jahre 2000 und 2001 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um jeweils 2,8 Prozent wesentlich günstigere Entwicklungsaussichten, als dies der SVR in seinem Gutachten darstellte.³ Demnach wirkte sich die konjunkturelle Erholung des Jahres 1999 wie üblich verzögert auf den Arbeitsmarkt aus.

³ Vgl. „Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2000“, Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin, Hamburg, 14. April 2000.

Die Beschäftigung nahm im Verlauf des Winterhalbjahres wieder merklich zu. Die Arbeitslosigkeit geht weiterhin stärker zurück, als die Erwerbstätigkeit zunimmt. Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Winterhalbjahr mit mehr als 170 Tausend Personen überaus kräftig. Für das Jahr 2000 rechnen die Wirtschaftsforscher mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um 270 Tausend im Jahresdurchschnitt, für das Jahr 2001 um weitere 330 Tausend bis auf ein saisonbereinigtes Niveau von 3,4 Millionen Personen. Für Ostdeutschland erwarten die Konjunkturforscher allerdings auch weiterhin ein langsames Wachstum als im Westen. Am Arbeitsmarkt ergibt sich demnach auch lediglich eine geringere Abnahme der Arbeitslosigkeit. Während für Westdeutschland im Jahr 2000 ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,7 Prozent (-0,7 Prozent zu 1999) prognostiziert wird, bleibt die Quote für Ostdeutschland nach Ansicht der Wirtschaftsforscher mit 17,1 Prozent wesentlich höher und gegenüber dem Jahr 1999 weitgehend unverändert.

Ostdeutschland: Wachstumspole bilden sich heraus

Der **Aufbauprozess in den neuen Bundesländern** stellt sich nach Ansicht des SVR insgesamt als erfolgreich dar. Zwischen den Jahren 1991 und 1998 nahm die Wirtschaftsleistung demnach, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, in Ostdeutschland (neue Bundesländer und Berlin) um 86 Prozent zu, was einer jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate von über 9 Prozent entspricht. Lag das ostdeutsche BIP pro Kopf im Jahre 1991 noch bei 41 Prozent des entsprechenden Westniveaus, so waren es im Jahre 1998 knapp 63 Prozent. Der SVR sieht hierin eine wesentliche Verbesserung der relativen und absoluten wirtschaftlichen Lage in den neuen Ländern.

Allerdings sei der **Aufholprozess** mittlerweile ins Stocken geraten: Die ostdeutschen Zuwachsraten des BIP pro Kopf liegen seit dem Jahre 1997 unter den westdeutschen. Das **Leistungsgefälle** ist nach Ansicht der Sachverständigen demnach auch neun Jahre nach der Vereinigung **zwischen den beiden Gebietsständen erheblich**. So sieht der SVR weiterhin eine große Produktivitätslücke gegenüber Westdeutschland. Auch bei der Verkehrsinfrastruktur gibt es noch erhebliche Defizite. Als besonders gravierend sieht er die hohe Arbeitslosigkeit im Osten an, die deutlich über dem Niveau Westdeutschlands liegt. Als wesentliche Ursachen der noch existierenden wirtschaftlichen Probleme in den neuen Ländern sieht der SVR strukturelle Ursachen.

Als bemerkenswert sehen die Gutachter die Tatsache an, dass Ostdeutschland ähnlich wie Westdeutschland eine mittlerweile große regionale wirtschaftliche Ausdiffe-

renzung aufweist. Als geeigneter Indikator für eine **Messung der regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistung** wird vom SVR die Bruttowertschöpfung je Einwohner herangezogen. Als Regionen werden in Anlehnung an die Abgrenzung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Arbeitsmarktregionen gewählt, die unter Verflechtungs- und Erreichbarkeitsgesichtspunkten **räumlich funktional geeignet abgegrenzte Gebiete** darstellen. Es ergeben sich somit 67 Regionen für eine Betrachtung regionaler Disparitäten der wirtschaftlichen Leistung für Ostdeutschland. Für die Darstellung der Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistung in diesen Regionen verwendet der SVR Daten der Bruttowertschöpfung je Einwohner für die Jahre 1996, 1994 und 1992. Aktuellere Daten der Bruttowertschöpfung sind nicht verfügbar.

Die **starke Heterogenität innerhalb Ostdeutschlands** spricht grundlegend dafür, dieses Gebiet nicht mehr als Ganzes zu betrachten. Stattdessen bietet sich nach Ansicht der Gutachter eine regional differenzierte Analyse für die neuen Länder an, zumal eine detaillierte Untersuchung anhand von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wie bisher gewohnt anhand der Umstellung auf das ESVG 1995 und dem damit verbundenen Wegfall einschlägiger, auf Ostdeutschland bezogenen Daten ohnehin nicht mehr möglich ist.

Für eine Regionalanalyse werden daher die ostdeutschen Arbeitsmarktregionen auf ihre Ausstattung mit Potentialfaktoren⁴ - das sind Faktoren, die das regionale Entwicklungspotential bestimmen - hin untersucht. Danach wird ein Vergleich mit der entsprechenden Potentialfaktorausstattung in Westdeutschland vorgenommen, um schließlich eine Klassifizierung der Regionen anhand ihrer Ausstattung mit Potentialfaktoren vorzunehmen. Anhand dieser lassen sich schließlich Erkenntnisse mittels des Verfahrens der Clusteranalyse über die Herausbildung von Wachstumspolen gewinnen.

Eine entsprechend vorgenommene Analyse der Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung für die Arbeitsmarktregionen in Ostdeutschland bestätigt nach Ansicht des SVR

⁴ Theoretischen und empirischen Ansätzen der Regionalökonomie zufolge ist die Ausstattung mit entsprechenden Potentialfaktoren die Grundlage für die wirtschaftliche wie qualitative Entwicklung einer Region. Potentialfaktoren sind insoweit die in einer Region vorhandenen und daher weitgehend gebundenen (immobil) Entwicklungsfaktoren. Als Potentialfaktoren werden insoweit die Produktionsfaktoren (Human- und Sachkapital), die sektorale Wirtschaftsstruktur, die geographische Lage und der Agglomerationsgrad anhand geeigneter Indikatoren für eine Region abgebildet. Eine ungenügende Ausstattung einer Region mit einzelnen Potentialfaktoren kann daher auch zum Engpass für die wirtschaftliche und sonstige Entwicklung dieser Region angesehen werden.

die für Ostdeutschland vorzufindende starke Heterogenität. Dies betrifft auch die regionale Verteilung mit Potentialfaktoren. Betrachtet man bei der Analyse die einzelnen einbezogenen Potentialfaktoren sowie die Unterschiede zwischen den neuen Ländern und den alten Ländern als Ganzes, so fallen folgende Ergebnisse ins Auge:

- Die Unterschiede fallen nicht generell zu Ungunsten der neuen Länder aus.
- Der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter an der Bevölkerung als Indikator für das Humankapital liegt in Ostdeutschland über dem entsprechenden Vergleichswert für Westdeutschland.
- Der Spezialisierungskoeffizient für Ostdeutschland unterschreitet den für Westdeutschland hingegen deutlich.
- Der Anteil des Dienstleistungssektors in den neuen Ländern ist hingegen ebenso hoch wie in den alten Ländern. Gleichzeitig sind die Gewichte des Verarbeitenden Gewerbes und des Handels in den neuen Bundesländern relativ niedrig.
- Die Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors ist hoch, die Bevölkerungsdichte und die Industriedichte sind vergleichsweise gering. Allerdings ist die Industriedichte in Westdeutschland auch im internationalen Vergleich sehr hoch.
- Ein höherer Wert des Distanzindikators in Ostdeutschland in Relation zu Westdeutschland ergibt sich auch aus einem noch bestehenden Rückstand bezüglich des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur und in den angrenzenden Nachbarstaaten.
- Das ostdeutsche Produktivitätsniveau unterschreitet im Jahre 1998 im Mittel das westdeutsche um 36 Prozent. In der Anfangsphase des Transformationsprozesses war hier noch der fehlende Kapitalstock Ursache der Produktivitätsrückstände. Nunmehr sind es überwiegend die regionale Ausrichtung produzierender Kleinbetriebe, Schwierigkeiten bei der Positionierung gerade auf internationalen Märkten sowie arbeitsorganisatorische einzelbetriebliche Defizite.

Einige ostdeutsche Regionen haben jedoch nach Ansicht des SVR hinsichtlich bestimmter Potentialfaktoren zu westdeutschen bereits aufgeschlossen oder diese sogar überholt. So etwa ist der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter nach Ansicht des SVR in der diesbezüglichen ostdeutschen Spitzenregion Dresden mit 7,5 Prozent deutlich über dem entsprechenden westdeutschen Spitzenreiter München mit einem Wert von 6,1 Prozent.

Mit Hilfe der Clusteranalyse als empirisch-deskriptives Verfahren nahm der SVR eine Klassifizierung der Arbeitsmarktregionen nach den genannten Potentialfaktoren vor. Um der Politik eine Orientierung zu bieten, ermöglicht die Clusteranalyse insoweit die Identifizierung

von Regionen mit gleichen Merkmalen. Die Maße für die Potentialfaktoren (Variablen) wurden daher mit gleichem Gewicht in die Analyse eingebracht, normiert und schließlich gruppiert. Es wurde eine Clusterung in sechs Gruppen vorgenommen.

Ein eigenes Cluster bildet nach Aussagen des SVR die **Arbeitsmarktregion Prenzlau in Brandenburg**. Besonders auffällig ist hier die hohe gesamtwirtschaftliche Produktivität von 213 Prozent des Durchschnittsniveaus der neuen Länder und Berlins, die auf die Raffinerie in Schwedt zurückzuführen ist. Ansonsten ist die Region jedoch stark landwirtschaftlich geprägt.

Sieht man vom Sonderfall Prenzlau ab, so lässt sich nach Ansicht des SVR das **2. Cluster** als das mit der höchsten Wirtschaftsleistung charakterisieren. Die Bruttowertschöpfung je Einwohner des Clusterdurchschnitts erreicht hier eine Relation von 124 Prozent zum Mittelwert für die neuen Länder und Berlin. In ihm sind die Agglomerationsregionen Berlin, Halle/Saale, Erfurt, Jena, Leipzig, Chemnitz und Dresden vertreten. Die Arbeitsmarktregion Berlin beruht dabei auf einer Abgrenzung, welche die Brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam sowie Teile von Brandenburger Landkreisen, die im Rahmen des engeren Verflechtungsraumes Berlin-Brandenburg (eVR) an Berlin angrenzen, miteinbezieht. Insgesamt zeichnet sich das Cluster durch einen großen Anteil des hoch produktiven Dienstleistungssektors und entsprechend einem niedrigen Landwirtschaftsanteil aus. Hervor sticht weiter die gute Ausstattung mit Humankapital. Das nach Ansicht der Gutachter die Potentialfaktoren hier in großem Maße vorhanden sind, liegt auch an der im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt günstigen Ausgangslage dieser Regionen. Gekennzeichnet sind sie gemeinhin durch eine technologieintensive und vielseitige Branchenstruktur zu Beginn des Transformationsprozesses. In den Regionen ist auch heute der Spezialisierungsgrad relativ gering.

Die **übrigen Cluster** charakterisiert der SVR folgendermaßen:

- Das große **Cluster 3** zeichnet sich mit seinen 23 der 67 insgesamt einbezogenen Arbeitsmarktregionen durch Werte fast aller Potentialfaktoren nahe dem ostdeutschen Durchschnitt aus. Zu diesem Cluster zählen die Brandenburgischen Arbeitsmarktregionen der kreisfreien Städte Frankfurt/Oder, Brandenburg/Havel sowie Cottbus und des weiteren Neuruppin und Perleberg.
- **Cluster 4** enthält die peripher gelegenen Küstenstandorte Greifswald, Stralsund, Bergen und Rosstock.

Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung nach Arbeitsmarktregionen in Ostdeutschland¹⁾

Land/ Arbeitsmarktregion	Bruttowertschöpfung ²⁾ je Erwerbstätigen	Gefördertes Investitionsvolumen ³⁾		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		Dis-tanz ⁶⁾	Indus-trie-dichte ⁷⁾	Bevölke-rungs-dichte ⁸⁾	Speziali-sierungs-koeffizient ⁹⁾
		Gewerbliche Wirtschaft	Infrastruktur	Hoch-qualifi-zierte ⁴⁾	Dienst-leistun-gen ⁵⁾				
	1996	1990-1998		1998		1997/98	1998	1997	
	DM		Anteil in Prozent		Minuten	Anzahl		Prozent	
Mecklenburg-Vorpommern									
205 Pasewalk	54 708	4 147	1 744	1,8	28,7	138	15	56	7,9
206 Greifswald	58 895	10 827	3 034	3,3	37,3	181	23	88	7,9
207 Stralsund	60 055	11 921	3 572	2,0	30,9	206	21	83	10,3
208 Bergen	61 736	19 009	6 701	2,2	37,6	231	14	80	12,5
209 Neubrandenburg	63 151	7 378	2 560	2,8	31,7	168	23	65	3,2
210 Waren	64 180	18 004	4 440	2,3	31,4	162	28	41	5,3
211 Güstrow	65 166	12 056	2 028	2,3	24,5	169	25	56	5,7
212 Rostock	63 267	12 041	3 314	4,0	37,3	190	26	211	5,6
213 Wismar	62 242	14 292	2 679	2,1	30,4	151	31	79	7,2
214 Schwerin	63 081	12 022	2 258	3,7	30,3	128	34	90	3,3
215 Parchim	62 457	7 709	1 875	2,0	27,8	131	17	49	4,0
Berlin/Brandenburg									
216 Berlin ¹⁰⁾	91 622	3 945	1 075	3,8	40,0	104	34	474	1,7
Brandenburg¹¹⁾									
217 Brandenburg/Havel	60 894	19 125	3 422	2,6	30,4	129	43	145	4,7
218 Belzig	62 854	12 132	2 031	3,0	26,1	106	24	70	2,6
219 Cottbus	66 269	11 035	1 503	3,9	28,8	129	49	122	2,8
220 Eberswalde	59 923	9 348	1 364	2,4	32,2	120	26	105	4,3
221 Prenzlau	150 644	31 044	1 963	2,5	26,1	130	35	52	8,2
222 Finsterwalde	62 581	8 125	1 626	1,9	19,5	98	37	72	3,2
223 Frankfurt/Oder	64 189	11 037	2 469	3,2	30,7	138	27	105	4,7
224 Luckenwalde	62 337	31 384	2 111	3,0	23,4	105	50	72	3,5
225 Neuruppin	63 010	11 396	3 101	2,6	30,3	125	33	54	3,5
226 Perleberg	56 446	8 224	3 657	1,9	26,1	142	32	47	3,1
227 Senftenberg	69 667	19 398	3 882	2,6	22,0	105	55	127	10,9
Sachsen-Anhalt									
228 Salzwedel	62 398	5 190	1 959	1,5	18,7	138	28	46	4,7
229 Stendal	63 759	17 225	1 581	1,6	24,2	143	24	60	6,0
230 Burg	68 430	15 099	1 887	1,8	19,5	112	37	76	4,1
231 Magdeburg	59 984	13 805	2 902	3,7	27,6	117	32	173	2,1
232 Halberstadt	59 910	11 715	2 607	1,8	27,8	139	41	130	5,5
233 Staßburg	58 656	14 813	2 664	2,1	26,0	129	37	165	2,7
234 Schönebeck	60 767	23 835	2 601	1,9	23,7	114	44	174	3,2
235 Dessau	58 610	9 587	2 117	3,0	26,5	100	43	130	2,1
236 Wittenberg	68 264	10 782	2 161	2,3	25,8	98	45	92	3,5
237 Sangerhausen	59 883	12 681	1 543	1,6	23,1	132	33	127	7,9
238 Halle/Saale	64 374	7 143	1 284	4,5	33,5	95	33	456	3,8
239 Bitterfeld	57 490	34 718	2 952	2,4	24,4	94	54	230	5,0
240 Naumburg	69 762	34 781	2 117	2,3	22,0	108	50	166	8,2
Thüringen									
241 Erfurt	65 973	10 403	1 658	6,0	32,0	146	32	270	3,1
242 Weimar	66 469	11 833	3 274	4,1	34,4	133	29	172	2,7
243 Gera	57 925	7 759	2 470	3,4	31,0	120	35	248	1,9
244 Jena	63 985	12 844	1 997	6,5	38,5	114	50	207	4,0
245 Suhl	63 334	16 390	1 665	3,6	31,1	155	49	122	2,0
246 Eichsfeld	64 178	15 182	2 344	2,4	26,0	152	44	124	2,2
247 Nordhausen	76 994	12 488	2 207	3,2	30,8	144	47	142	3,8

Noch: Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung nach Arbeitsmarktregionen in Ostdeutschland

Land/ Arbeitsmarktregion	Bruttowertschöpfung ²⁾ je Erwerbstätigen	Gefördertes Investitionsvolumen ³⁾		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		Dis-tanz ⁶⁾	Indus-trie-dichte ⁷⁾	Bevölke-rungs-dichte ⁸⁾	Speziali-sierungs-koeffi-zient ⁹⁾
		Gewerbliche Wirtschaft	Infrastruktur	Hoch-qualifi-zierte ⁴⁾	Dienst-leistun-gen ⁵⁾				
	1996	1990-1998		1998		1997/98	1998	1997	
		DM		Anteil in Prozent		Minuten	Anzahl	Prozent	
Noch: Thüringen									
248 Eisenach	62 326	22 010	2 530	2,8	25,1	156	74	137	3,5
249 Mühlhausen	59 677	8 985	2 209	2,2	28,2	160	38	124	3,3
250 Sondershausen	53 862	8 528	3 340	2,3	29,2	152	28	94	4,9
251 Meiningen	59 200	14 077	2 344	3,1	28,3	160	55	121	2,9
252 Gotha	61 171	25 635	2 721	2,7	26,5	147	53	160	2,8
253 Arnstadt	58 246	13 063	2667	3,3	28,4	147	56	145	3,3
254 Sonneberg	61 763	16 708	1 200	2,3	24,1	150	70	161	7,5
255 Saalfeld	59 544	15 145	2 250	3,2	26,7	143	59	133	3,0
256 Pößneck	59 705	23 852	1 218	2,4	23,5	118	72	88	2,9
257 Altenburg	60 805	8 503	1 667	2,1	24,4	112	42	209	1,8
Sachsen									
258 Leipzig	67 799	11 078	2 968	5,1	37,4	85	32	415	2,5
259 Torgau/Oschatz	63 004	10 619	4 183	2,2	23,9	95	45	116	2,2
260 Grimma	66 408	9 950	3 527	2,7	25,3	86	37	144	3,4
261 Freiberg	60 446	12 298	3 576	2,9	26,5	116	50	168	2,0
262 Chemnitz	58 754	10 476	1 769	4,8	28,5	112	51	423	2,1
263 Annaberg	53 847	9 408	3 382	2,3	23,7	133	52	270	1,7
264 Zwickau	58 003	18 557	1 689	3,2	29,8	116	71	401	9,1
265 Plauen	53 850	9994	3 613	2,8	27,4	117	61	200	2,6
266 Dresden	69 606	19011	1 824	7,5	39,6	87	48	677	2,8
267 Riesa	53 743	19 806	3 214	3,1	24,3	94	57	155	3,9
268 Pirna	57 642	9 443	4 421	3,0	28,7	104	39	168	1,6
269 Bautzen	61 035	10 013	2 825	3,0	25,7	115	53	158	1,8
270 Görlitz	68 638	8 611	2 591	3,1	27,8	143	39	127	6,2
271 Löbau-Zittau	56 450	7 760	4 111	2,7	29,4	148	37	231	5,5
Neue Bundesländer und Berlin	70 810	11 535	2 233	3,1	30,6	120	39	162	3,4

1) Arbeitsmarktregionen in Abgrenzung und Definition des Bundesamtes für Raumwesen und Raumordnung (BBR).

2) Unbereinigt, in jeweiligen Preisen (nach ESVG 1979).

3) Alle mit Haushaltsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderten Vorhaben je Einwohner. Quelle: BAW.

4) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss in Relation zu den Einwohnern. Stand: 30. Juni 1997.

5) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. Sonstige Dienstleistungen.

6) Fahrzeit im Schienenverkehr (1998), Fahrzeit im PKW-Verkehr (1997) zu den drei nächstnationalen oder ausländischen Ballungsräumen in Minuten.

7) Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je 1 000 Einwohner

8) Einwohner je km². Stand: 30. Juni 1997.

9)

$$= \sum_{j=1}^m (a_i * |a_i - b_i|) * 100$$

Mit ai=Anteil der Beschäftigten in Branche i an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in der jeweiligen Arbeitsmarktregion, bi=Anteil der Beschäftigten in Branche i an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands, m=Anzahl der Branchen. Für die neuen Bundesländer und Berlin gewichtet mit der Bevölkerung in den einzelnen Arbeitsmarktregionen. Quelle für Grundzahlen: BA. Stand: 30. Juni 1996

10) Einschließlich der kreisfreien Stadt Potsdam und Teilen von Kreisen Brandenburgs, die an Berlin angrenzen.

11) Ohne die in der Arbeitsmarktregion Berlin enthaltenen Teile Brandenburgs.

- Die Mittelwerte der Potentialfaktoren des **Clusters 5** liegen hier allesamt unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Hervorzuheben sind nach Ansicht der Experten eine sehr geringe Humankapitalausstattung und ein niedriger Anteil des Dienstleistungssektors der diesem Cluster zugeordneten Arbeitsmarktregionen.

Clustering der ostdeutschen Arbeitsmarktregionen nach Faktoren der Regionalentwicklung¹⁾

Merkmal	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	Cluster 6	Cluster 7
Arbeitsmarktregionen							
	Prenzlau BB	Berlin BE/BB ¹¹⁾	Neubrandenb. MV	Greifswald MV	Pasewalk MV	Luckenwalde BB	Magdeburg ST
		Halle/Saale ST	Waren MV	Stralsund MV	Güstrow MV	Selftenberg BB	Dessau ST
		Erfurt TH	Wismar MV	Bergen MV	Parchim MV	Schönebeck ST	Torgau/Osch. SN
		Leipzig SN	Schwerin MV	Rostock MV	Belzig BB	Bitterfeld ST	Grimma SN
		Chemnitz SN	Brandenburg/H.BB		Eberswalde BB	Naumburg ST	Freiberg SN
		Dresden SN	Cottbus BB		Finsterwalde BB	Eisenach TH	Annaberg SN
			Frankfurt/Oder BB		Salzwedel ST	Gotha TH	Plauen SN
			Neuruppin BB		Stendal ST	Sonneberg TH	Riesa SN
			Perleberg BB		Burg ST	Pößneck TH	Pirna SN
			Halberstadt ST		Wittenberg ST	Zwickau	Bautzen SN
			Staßfurt ST		Sangershausen ST		
			Weimar TH		Altenburg TH		
			Gera TH				
			Suhl TH				
			Eichsfeld TH				
			Nordhausen TH				
			Mühlhausen TH				
			Sondershausen TH				
			Meiningen TH				
			Arnstadt TH				
			Saalfeld TH				
			Görlitz SN				
			Löbau-Zittau SN				
Relation des Clusterdurchschnitts zum Mittelwert für die neuen Länder und Berlin in Prozent							
BWS ²⁾ je Einwohner ¹⁰⁾	182,8	124,4	84,2	87,1	75,3	83,1	80,1
Veränderung 1994/96 ²⁾¹⁰⁾	148,8	74,8	130,9	137,7	123,0	107,4	127,3
BWS ²⁾ je Erwerbstätigen	212,7	113,6	88,2	86,8	88,5	89,2	85,1
Anteil der Hochqualifizierten ³⁾	82,0	149,6	95,9	102,9	64,7	83,3	96,0
GA-Mittel für die Wirtschaft ⁴⁾	269,1	64,5	100,8	107,9	91,8	224,5	96,9
GA-Mittel für die Infrastruktur ⁴⁾	87,9	66,8	116,7	163,9	79,5	104,4	148,6
Distanz ⁵⁾	107,9	85,2	117,5	163,0	103,9	99,2	92,9
Industriedichte ⁶⁾	87,9	93,8	96,8	57,6	76,5	148,7	117,4
Spezialisierungskoeffizient ⁷⁾	240,2	62,3	111,7	232,9	140,1	186,3	63,4
Bevölkerungsdichte ⁸⁾	32,1	287,3	77,3	85,8	54,1	107,6	108,0
Sozialvers.pflichtig Beschäftigte							
Anteil Dienstleistungen ⁹⁾	85,2	123,6	96,6	117,0	79,1	80,6	85,8
Verarbeitendes Gewerbe ¹⁰⁾	97,6	83,2	103,6	66,7	97,5	136,5	125,7
Anteil Landwirtschaft ¹⁰⁾	233,1	41,5	122,8	97,6	173,2	112,8	116,2

1) Arbeitsmarktregionen in Abgrenzung und Definition des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR).
 2) Bruttowertschöpfung unbereinigt, in jeweiligen Preisen (nach ESVG 1979).
 3) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss in Relation zu den Einwohnern. Stand 30. Juni 1997.
 4) Alle mit Haushaltsmitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderten Vorhaben je Einwohner.
 5) Fahrzeit mit Schienenverkehr (1998), Fahrzeit im PKW-Verkehr (1997) zu den drei nächsten nationalen oder ausländischen Ballungsräumen in Minuten, gewichtet mit den beförderten Gütermengen (1998) im Eisenbahn- und Straßenverkehr. Quelle: Laufende Raumbearbeitung der BBR.
 6) Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je 1 000 Einwohner.
 7)

$$= \sum_{j=1}^m (a_i * |a_i - b_i|) * 100$$

Mit ai=Anteil der Beschäftigten in Branche i an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe in der jeweiligen Arbeitsmarktregion, bi=Anteil der Beschäftigten in Branche i an den Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands, m=Anzahl der Branchen. Mittelwerte errechnet durch Addition der nach Einwohnerzahlen gewichteten Werte für die einzelnen Arbeitsmarktregionen. Quelle für Grundzahlen: BA. Stand: 30. Juni 1998

8) Einwohner je km². Stand 30. Juni 1997.
 9) Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Sonstige Dienstleistungen
 10) Nachrichtlich: Keine Faktoren für die Clusteranalyse
 11) Einschließlich der kreisfreien Stadt Potsdam und Teilen von Kreisen Brandenburgs, die an Berlin angrenzen.

Als Brandenburger Arbeitsmarktregionen zählen hierzu die drei Regionen Belzig, Eberswalde und Finsterwalde. Ihre Wirtschaftsleistung gemessen anhand der Bruttowertschöpfung je Einwohner erreicht hier ein Niveau von rund 75 Prozent des Durchschnittswertes für die neuen Länder und Berlin.

- **Cluster 6** umfasst Regionen mit industrieller Basis, deren Erhalt über GA-Mittel intensiv gefördert wurde. Hierzu zählen insgesamt 10 Arbeitsmarktregionen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Sachsen. Neben Regionen wie u.a. Bittelfeld und Eisenach zählen hierzu die zwei Brandenburger Arbeitsmarktregionen Luckenwalde sowie Senftenberg. In vier dieser insgesamt 10 Regionen sind nach Aussagen des SVR alte industrielle Kerne angesiedelt.
- **Cluster 7** enthält ferner 10 Regionen, die sich durch eine seit der Vereinigung größtenteils überdurchschnittliche Förderung des Ausbaus der Infrastruktur kennzeichnen. Hierzu zählen die Arbeitsmarktregionen Magdeburg, Dessau, Torgau/Oschatz, Grimma, Freiberg, Annaberg, Plauen, Riesa, Pirna und Bautzen. Mit Ausnahme von Magdeburg und Dessau liegen die Regionen allesamt in Sachsen, nahe dem Drei-Städte-Dreieck Leipzig/Dresden/Chemnitz.

Die Regionalanalyse bestätigt nach Ansicht der Experten die vermutete **beachtliche Heterogenität innerhalb Ostdeutschlands**. Während sich vergleichbar mit Westdeutschland einige Arbeitsmarktregionen wirtschaftlich nur schwach entwickelt hätten, haben sich jedoch andere zu Wachstumspolen herausgebildet. Als solche konnte neben Regionen wie Leipzig, Dresden oder Erfurt auch die Region Berlin mit der Brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam sowie Teilen Brandenburgs, welche an Berlin angrenzen, identifiziert werden. Hinsichtlich dieser Wachstumspole hebt der SVR folgende zwei Ergebnisse hervor:

1. Alle Regionen zeichnen sich durch gute Ausgangsbedingungen bezüglich ihrer Potentialfaktorausstattung bereits zum Zeitpunkt der Vereinigung aus. In ihnen gelang es, die vorhandenen Potentiale auch nach der Vereinigung zu nutzen und auszubauen sowie die Schaffung weiterer Potentialfaktoren zu stimulieren.

2. Bei diesen Regionen handelt es sich um Agglomerationsräume, in denen Unternehmen untereinander sowie mit Forschungszentren und mit Hochschulen verflochten sind. Der SVR kommt daher zu dem Schluss, dass positive externe Effekte in Form von Wissensspillovers, von Arbeitnehmerbeziehungen vorgelagerter und nachgelagerter Produktionsstufen sowie von der räumlichen Nähe eines Pools von Arbeit die Entwicklungspotentiale von Regionen stärken.

Der SVR empfiehlt daher aufgrund seiner Analysen, dass das vorrangige Ziel zur Entwicklung von Regionen der Ausbau der Potentialfaktoren sein sollte. Dabei sollte die Politik jedoch nicht auf regionalen Ausgleich zielen, sondern vielmehr auf Regionen konzentriert sein, in denen bereits Potential vorhanden ist und dieses insoweit besser genutzt werden kann. Aufgrund der positiven externen Effekte in diesen Regionen dürften sich dort die Agglomerationstendenzen verstärken und eine Eigendynamik im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess entfalten. Als Folge entstehen neuen Wachstumspole auch im Umland.

Nach Ansicht der Gutachter kann die Entwicklung von Potentialfaktoren jedoch nicht durch eine auf Dauer ausgelegte Gewährung staatlicher Hilfen für Unternehmen beruhen. Eine solche Politik führt zwangsläufig zu Fehlallokationen. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird so nicht gestärkt. Der Staat kann jedoch zur Ausweitung des regionalen Entwicklungspotentials besser mittels Investitionen beitragen, die komplementär zu privaten Investitionen sind. Hierzu zählt etwa der Ausbau innovationsfreundlicher Infrastruktur in Agglomerationsräumen durch die Einrichtung von Technologietransferstellen, Technologie- und Gewerbezentren sowie Informationsstellen zur gleichzeitigen Verbesserung der Kommunikation zwischen den Akteuren der Region.

Holger-Jens Hoffmann